Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1538 Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 58. Sonnabend, 8. März 1924, abends. 77. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für den Monat März 1924 2 Mark 50 Pf. einschließlich Bringerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentlich Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Der Reichsernährungsminister über die deutsche Ernährungslage.

Deutscher Reichstag.

vdz. Berlin, 7. März 1924.

Am Regierungstische: Innenminister Jarres, Reichsjustizminister Emminger.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 20 Min.

Erste Lesung des Notetats.

In der Fortsetzung der Beratungen erhält zunächst das Wort

Reichsernährungsminister Graf Kanitz.

Er betont, daß das deutsche Volk sozusagen mit blauem Auge über den furchtbaren Winter hinweggekommen sei, da das Fehlen wertbeständiger Zahlungsmittel uns automatisch die einheimische Ernte verschlossen habe. Wenn heute **noch Hunderttausende hungern, so sei das die Folge der mangelnden Kaufkraft** weiter Volkskreise. Die augenblickliche **Agrarkrise müsse beseitigt werden; für die Landwirtschaft sei der Steuerdruck**, besonders wo es sich um leichte und mittlere Böden handele, **unerträglich**. Vorübergehend müssen die Lasten aber getragen werden, um nicht die Währung zu erschüttern. Der Entschuldung der Landwirtschaft steht eine katastrophale Entwertung gegenüber; das beweist auch die geradezu krankhafte Belebung des Gütermarktes. Nachdem die landwirtschaftlichen Genossenschaften, die früheren Kreditinstitute der Landwirtschaft, infolge Verlustes der Depositengelder für die Finanzierung augenblicklich nicht in Frage kommen, richtet sich der ganze Ansturm gegen die Reichsbank und Rentenbank. Es ist grotesk, daß der Landwirt den Kredit, welchen die Reichsbank zu 10 Prozent vermittelt, zu ganz unsinnigem Zinssatz, zum Teil 30 Prozent, erhält. Die Schuld trifft nicht die Regierung; vielmehr muß die Landwirtschaft ihre Genossenschaften fest an die Zügel nehmen; sie dürfen nicht das verloren gegangene Depositenkapital durch zu hohe Debetzinsen wieder einzubringen versuchen. Die Kreditfrage ist durch die Wechselprolongierung auf dem Wege der Erleichterung, dafür ist ein sichtbares Zeichen die gesteigerte Abnahme von künstlichem Dünger. Nachhaltige Besserung wird allerdings erst zu erwarten sein, wenn das Real-Kreditgeschäft wieder in Gang kommt. Eine Vorbedingung hierfür ist durch die Hypothekenaufwertung geschaffen. Die neuerdings wieder aufgetauchte Frage der Korn-Zertifikate würde bei irgendeinem Rückschlag der Reichsbank oder dem Reich große Verluste bringen. Erfreulicherweise sind die Preise für Kunstdünger gesunken; Kali steht heute durchschnittlich auf Friedenspreis, Stickstoff 13 Prozent darunter; wenn die Phosphate noch erheblich über dem Friedenspreis stehen, so liegt das daran, daß die Thomasmehlerzeugung zu 90 Prozent im besetzten Gebiet liegt und auf ausländische Rohstoffe angewiesen ist. Das Fehlen der normalen Relation liegt allein an den niedrigen landwirtschaftlichen Erzeugerpreisen. Diese sind hervorgerufen durch den Steuerdruck, die Abnahme der Kaufkraft und die ziemlich wahllose Ueberschwemmung Deutschlands mit landwirtschaftlichen Produkten anderer Länder. **Wir sind jetzt aber unbedingt auf dem Wege der Besserung.** Der Schutz der einheimischen Produkte muß in absehbarer Zeit sichergestellt werden. Das wird geschehen, sobald wir **nach dem Westen wieder eine feste Wirtschaftsgrenze haben.** Es ist untragbar, daß die Industrie Schutzzölle hat und die Landwirtschaft nicht, obwohl sie 70 Prozent der einheimischen industriellen Produktion abnimmt. Der Minister erkennt an, daß die **Eisenbahntarife noch zu hoch** sind. Eine Herabsetzung der Gütertarife ist zur Zeit aber nicht zu erzwingen, da die Reichsbahn 400 Goldmillionen Verluste hat durch den Ausfall des ungeheuren Güterverkehrs des besetzten Westens. Alle diese Nöte hängen mit den Reparationen zusammen. Hier muß eine Erleichterung einsetzen. Der Minister bestreitet, daß die **Einfuhr ausländischen Getreides** im letzten Halbjahr enorm zugenommen habe. Seit dem 1. Juli 1923 bis heute sind nur 40 Prozent der Menge des Vorjahres eingeführt worden. Von dieser Einfuhr entfallen 95 Prozent auf das zweite Halbjahr 1923, während seit dem 1. Januar 1924 nur rund 29 000 Tonnen Auslandsgetreide von der Reichsgetreidestelle eingeführt wurden. Die einzige solide Unterlage für unsere Ernährung wird immer nur die deutsche Scholle sein. **Die Landwirtschaft ist zur Zeit zahlungsunfähig.** Eine Agrarkrise ist die gefährlichste Krise für ein Volk, denn sie läßt sich nicht ohne weiteres wieder abstoppen. Verbraucher und Erzeuger sind auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden. Das deutsche Volk kann nur ernährt werden durch Erhaltung einer produktionsfähigen Landwirtschaft. Die Landwirtschaft ist nicht Selbstzweck, sondern lediglich die Grundlage für das körperliche und seelische Wohl des ganzen Volkes, für die wirtschaftliche und politische Souveränität des Vaterlandes. (Beifall.)

Der Minister wandte sich schließlich auch gegen den deutschnationalen Abg. Thomsen, der in der „Allensteiner Zeitung" alle möglichen Angriffe gegen ihn gerichtet und ihn für die ganze Agrarkrise verantwortlich gemacht habe. Thomsen habe sich da in ein Glashaus begeben, das Aehnlichkeit mit einer nicht geruchlosen Käseglocke habe. (Heiterkeit.) Die Deutschnationale Volkspartei sollte doch kurz vor dem Wahlkampf lohnendere Ziele haben.

Abg. Dr. Fischer (Dem.) erblickt in den Reden der Opposition den Beweis dafür, daß der **Weg des Ermächtigungsgesetzes zur Ueberwindung der gegenwärtigen Schwierigkeiten der richtige gewesen ist und verlangt, daß der Reichstag auch für die Notverordnungen der Regierung trotz mancher Bedenken die Mitverantwortung übernimmt, indem er keine Aufhebungsanträge stellt.** Hinter den Anträgen der Opposition stehe kein positiver Aufbauwille, sondern nur die zersetzende negative Kritik. Die sozialdemokratischen Anträge könnten die Währungswirtschaft gefährden. Wenn die Gesundung anhalte, werde man allerdings einem Teil der Anregungen folgen können. Der schematische Achtstundentag könne nicht wiederhergestellt werden, denn die Mehrarbeit sei eine wesentliche Voraussetzung für die Neubelebung der Wirtschaft. Eine Sozialreaktion gebe es nicht, aber die auf wirtschaftlichem Reichtum aufgebauten Wege der Sozialpolitik müsse man eben verlassen. Die Wirtschaft wisse sehr wohl, daß **zur Steigerung der Produktion eine Steigerung der inneren Konsumkraft, also der Löhne, die Voraussetzung ist.** Die Anträge der Koalitionsparteien hielten sich im Rahmen des Möglichen, ohne das Ganze zu gefährden. Sie wollten z. B. nicht Aufhebung der Personalabbauverordnung, sondern **baldige gesetzliche Neuregelung des Beamtenrechts.** Der Redner sorbert die Möglichkeit der Rechtsbeschwerde für abgebaute Beamte auch für die Vergangenheit. Die verhaßte **Wucher- und Preisgesetzgebung muß endlich verlassen** werden. Die Gesundungsarbeit des Handwerks und der verarbeitenden Industrie darf nicht durch eine Zollpolitik auf dem Verordnungswege erschwert werden. Wir verlangen **gerechte Verteilung der Steuerlasten** innerhalb der Landwirtschaft. Der von uns geforderte gestaffelte Zuschlag zur Vermögenssteuer ist ein besserer Weg als die Mietzinssteuer. Eine Senkung des Zinsniveaus des deutschen Geldmarktes ist für Landwirtschaft und Mittelstand in erster Linie von Interesse. Die Strafrechtspflege erheischt stärkere Beteiligung des Laienelementes und eine Wiederherstellung der Freiheit des Angeklagten in der Verteidigung. Auf **außenpolitischem Gebiet** zeigt sich eine Entspannung, die durch verblendete, politisch unreife Kreise leider gefährdet wird. Das zeigt der Münchener Prozeß. Nicht die Phrasenhelden, sondern wir und mit uns die sonst die Reichsregierung stützenden Parteien sind in Wahrheit die „Freiheitsparteien". Wir werden auch weiterhin der Zusammenfassung aller aufbaubereiten Volkskräfte zu dem großen nationalen Werk der Befreiungsarbeit dienen.

Abg. Beyerle (Bayer. VP.) fordert die **Aufhebung des Staatsgerichtshofes** und die Rückkehr zu den alten föderalistischen Verfassungsgrundsätzen. Die Verfassungsreform werde der nächste Reichstag zu erledigen haben. Für einen reaktionären Föderalismus sind wir nicht zu haben. Wohl aber wollen wir einen gesunden Föderalismus als naturgemäße Reaktion gegen den übertriebenen Weimarer Unitarismus. In Bayern ist auch monarchistisches Gefühl noch in starkem Umfange vorhanden. Wir sind durch die Vorgänge in München nicht kompromittiert, denn wir verwerfen jeden gewaltsamen Umsturz. Ludendorff hat von Sonderfriedensbestrebungen in Bayern gesprochen und gemeint, die Bayerische Volkspartei habe für ihr Bamberger Programm die Konsequenzen aus der Haltung Heims gezogen, sie ziele auf ein machtloses Reich hin. Herr Held hat ihm schon die gebührende Antwort darauf gegeben.

Reichswirtschaftsminister Dr. Hamm

erklärt, daß die bisherige Tätigkeit der Regierung ein Werk der Wirtschaftserhaltung und -rettung gewesen sei. Die Verordnungen der Regierung wollen den Wiederaufbau in die Wege leiten. Die **Einfuhrverbote sollen so schnell wie möglich aufgehoben** werden, Zollerhöhungen sind nicht zu umgehen. Einzelne Zweige unserer Wirtschaft bedürfen des Schutzes. Regierung und Reichsbank werden rücksichtslos alles bekämpfen, was unsere Währung erschüttern könnte. **Die geringe Steigerung der Lebenshaltungskosten ist nur vorübergehend.** Die Macht der Kartelle müsse auf ein erträgliches Maß beschränkt werden.

Um 7.30 Uhr nimmt bei nahezu leerem Hause Abg. Bartz das Wort. Er hält dem Reichstag vor, daß er nicht mehr arbeitsfähig sei und daß er sich doch schleunigst selbst auflösen solle, wenn er nicht den letzten Rest von Achtung beim Volke verlieren wolle.

Der Aeltestenrat des Reichstags

hat gestern die Dispositionen für das Plenum so getroffen, daß der Reichstag **voraussichtlich am Donnerstag** der nächsten Woche **seine Arbeiten beendigen kann.** Am Sonnabend, der von einer Plenarsitzung frei bleibt, beschäftigt sich der Haushaltsausschuß mit dem Gesetz über die **Goldkreditbank**, das vom Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht begründet wird. Am Montag soll der Notetat erledigt und die allgemeine politische Aussprache fortgesetzt werden. Außer dieser Debatte und dem Notetat soll noch das **Postfinanzgesetz** und das Gesetz über die Goldbank vor dem Abschluß der Tagung erledigt werden.

Auflösung und Wahltermin.

Ob der Reichstag nach der Erledigung seiner Arbeiten einen eigenen Auflösungsbeschluß fassen oder von der Regierung aufgelöst werden wird, darüber besteht auch **heute noch keine Klarheit.** Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die Mittelparteien die Auflösung durch die Regierung verlangen werden, aber eine Einigung darüber ist noch nicht erzielt. Unter der Annahme, daß der Reichstag am Donnerstag fertig wird, ist **der letzte Termin**, an dem die Neuwahlen verfassungsmäßig stattfinden müßten, **der 11. Mai.** Selbstverständlich ist auch ein früherer Termin möglich.

Wenn der Reichstag auseinandergeht, sei es infolge Ablaufs seiner Wahlperiode, sei es durch eine vorzeitige Auflösung, so verschwindet er nicht vollständig von der Bildfläche. Nach der früheren Reichsverfassung war in diesen Fällen bis zu den Neuwahlen die Volksvertretung gänzlich ausgeschaltet. Es gab in der Zwischenzeit überhaupt keinen Reichstag. Durch die Weimarer Verfassung, nach deren erstem Artikel die Staatsgewalt vom Volke ausgeht, praktisch also von der Volksvertretung ausgeübt wird, ist dem Reichstag als politischem Faktor eine höhere Bedeutung zugemessen worden, und deshalb sieht die Weimarer Verfassung in ihrem Artikel 35 vor, daß **zwei Ausschüsse des Reichstages** außerhalb der Tagung des Reichstages und nach der Beendigung der Wahlperiode oder der Auflösung des Reichstages **bis zum Zusammentritt des neuen Reichstages bestehen bleiben. Dies sind der Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten und der Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung gegenüber der Reichsregierung**, welch letzterer im allgemeinen Ueberwachungsausschuß genannt wird. Der Auswärtige Ausschuß besteht aus 21 Mitgliedern. Der Vorsitzende ist der volksparteiliche Abgeordnete Dr. Scholz. Der Ueberwachungsausschuß besteht aus 15 Mitgliedern unter dem Vorsitz des sozialdemokratischen Abg. Bender.

Die demokratische Fraktion des Reichstages

ist einmütig der Auffassung, daß der Reichskanzler dem unerfreulichen Schwebezustand alsbald ein Ende machen müsse, und daß Reichstagswahlen mit größter Beschleunigung vorgenommen werden müßten. Wenn vor Ostern nur noch Palmsonntag als Wahltag zur Verfügung steht, so wäre in Besprechungen mit den anderen Fraktionen darüber Klarheit zu schaffen, ob nicht **ausnahmsweise am Sonnabend und zwar am Tage vor Palmsonntag, die Reichstagswahlen** stattfinden könnten. Eine Hinausschiebung der Wahlen über die Karwoche hält die Demokratische Fraktion für außerordentlich unerwünscht.

Die neue Militärkontrollnote der Entente.

)(Berlin. Die Note der Botschafterkonferenz, welche dem deutschen Botschafter in Paris am 5. dieses Monats in der Angelegenheit der Militärkontrolle zugegangen ist, liegt nunmehr im Wortlaute vor. Die Note enthält eine ausführliche Darlegung vom Standpunkte der Alliierten über die politischen und rechtlichen Fragen, die in der deutschen Note vom 9. Februar 1924 aufgeworfen sind. Die alliierten Regierungen nehmen mit Genugtuung von der Verpflichtung Kenntnis, welche die deutsche Regierung hinsichtlich der Mitwirkung bei der Durchführung der bekannten 5 Bedingungen übernimmt. Es wird angeregt, daß die deutsche Regierung unverzüglich den Forderungen der Kontrollkommission vom 18. Dezember vorigen Jahres auf Vornahme gewisser gesetzgeberischer Maßnahmen und auf Uebergabe gewisser Urkunden entspricht. Auf der anderen Seite wird mit Bedauern festgestellt, daß die deutsche Regierung anzunehmen scheint, die alliierten Regierungen sehen die Aufgabe der Kontrollkommission, abgesehen von den 5 Punkten, als beendet an. Die alliierten Regierungen hätten lediglich einen Generalvergleich vorgeschlagen in der Hoffnung, die Zurückziehung der Kommission dadurch zu beschleunigen und die Lasten der Kontrolloperation zu erleichtern. Der Generalausgleich, der die 5 genannten, den Alliierten besonders wichtig erscheinenden Punkte vorsieht, und als Gegenleistung die Zurückziehung der Kontrollkommission habe, sei von der deutschen Regierung niemals angenommen worden. Das Recht der Alliierten zur Fortsetzung der Kontrolle bestehe daher ganz ohne Einschränkung weiter. Die alliierten Regierungen sind aber immer noch von dem Wunsche beseelt, die hohen Lasten zu erleichtern. Aus dem Ausfall der Kontrollen während des größten Teiles des Jahres 1923 folge aber, daß in der Durchführung der Kontrolle seit dem 29. September 1922 tatsächlich kein Fortschritt erzielt worden sei. Die alliierten Regierungen akzeptieren mit Genugtuung die Versicherung, daß die deutsche Regierung die militärischen Vertragsklauseln in ihrer Gesamtheit auszuführen gewillt sei. Dies müsse aber durch eine unmittelbare Nachprüfung durch die Kontrollkommission bestätigt werden. Die alliierten Regierungen schlagen vor: Beschränkung der Aufgabe der Kommission auf 5 Punkte und später Schaffung eines Garantiekomitees oder eines anderen Organes mit gleicher Aufgabe, das anstelle der Kommission eingesetzt werden würde, sobald diese sich davon überzeugt hat, daß die Durchführung der 5 Punkte soweit fortgeschritten ist, daß die endgültige Regelung gesichert scheint. Das Angebot wird unter den Vorbehalten gemacht, die im wesentlichen die unbehinderte Durchführung der erforderlichen Besichtigungen fordern. Der Vergleich würde der deutschen Regierung die Perspektive eröffnen auf eine baldige Zurückziehung der Kommission und den Ersatz durch ein Garantiekomitee und dann durch den auf Grund des Artikels 213 des Versailler Vertrages handelnden Völkerbundsrat. Die alliierten Regierungen legen Wert auf eine baldige Antwort.

)(Berlin. Zu der neuen Note der Botschafterkonferenz über die Militärkontrolle bemerken die Blätter, der Inhalt der Note lasse erkennen, daß es sich hier um ein Kompromiß zwischen den Regierungen von Frankreich und England handle. Hinter dem höflichen Ton der Note sei die bittere Pille der allgemeinen Wiederaufnahme der Militärkontrolle verborgen, die für das deutsche Volk eine neue schwere moralische Belastung bedeute.